

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Wochen-Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Kontursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bei Nichterscheinens der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 152

Altensteig, Samstag den 2. Juli 1932

55. Jahrgang

Die erste Bewährungsprobe

Stp. Das Kabinett von Papen, das innenpolitisch bis zur Durchführung der Reichstagswahlen ursprünglich auf Schonfrist rechnen konnte, gerät jetzt sehr bald in die ersten kritischen Entscheidungen hinein. Die Verhandlungen in Lausanne sind zweifellos eine Kernprobe für die Regierung, aber auch für das deutsche Volk. Wir haben mit Genugtuung begrüßt, daß Reichkanzler von Papen zum ersten Mal die klare Forderung nach der Beseitigung der „Diskriminationen“ des Versailler Diktates gestellt hat. Wir glauben, daß jede deutsche Regierung, die auf dem Wege der Abschüttelung der Versailler Fesseln vorankommen will, hier weiter bauen müssen. Aber wir verhehlen uns nicht, daß die sachliche Verkopplung, die jetzt zwischen der deutschen Zahlungsbereitschaft für die internationale Hilfskasse und den deutschen Gleichberechtigungsforderungen hergestellt worden ist, ihre schweren Gefahren in sich birgt.

Hinzu kommt, daß Papens Stellung im Inneren durch die überaus scharfe parteipolitische Kritik, die bezeichnenderweise am schärfsten aus dem Lager seiner ehemaligen Parteifreunde kommt, erheblich erschwert wird. Die deutsche Oppositionspresse hat sich in hohem Maße die Argumente zu eigen gemacht, mit denen das Ausland die Stellung der Reichsregierung in Lausanne zu unterminieren versucht. Es soll nicht geleugnet werden, daß auch einige publizistische Ungeheuerlichkeiten des Regierungslagers die Stellung der Reichsregierung nach innen und außen, nicht gerade erleichtert haben. Aber die Art und Weise, in der die Presse des Zentrums und der Sozialdemokratie die deutsche Arbeit in Lausanne glossiert, geht über jedes erträgliche Maß hinaus. Man kann es schon verstehen, wenn die Reichsregierung in der Haltung der „Kölnischen Volkszeitung“ eine Gefährdung der Reichsinteressen erblickt.

Hier ist der Punkt, wo sich Außenpolitik und Innenpolitik kreuzen. Reichsinnenminister, Freiherr von Gaus hat es für notwendig gehalten, an den preußischen Innenminister Severing das formelle Ersuchen zu richten, die „Kölnische Volkszeitung“ wegen dieser Angriffe auf den Reichskanzler und den „Vorwärts“ wegen einer massiven Verächtlichmachung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung auf je fünf Tage zu verbieten. Nach den gesetzlichen Bestimmungen irgendeiner der vielen Notverordnungen braucht der preußische Innenminister diesem Ersuchen nicht zu entsprechen, wenn er rechtliche Bedenken hat. Diese haben sich denn auch bei Herrn Severing prompt eingestellt. Die Entscheidung liegt nunmehr bei dem zuständigen Senat des Reichsgerichts. Natürlich werden derartige Korrekturmaßnahmen der Reichsregierung ihrer moralischen Wirkung völlig beraubt, wenn jedesmal erst ein langer juristischer Streit über die Berechtigung oder Nichtberechtigung, Zulässigkeit oder Unzulässigkeit einer solchen Maßregelung entzweit werden kann. Man ist sich im Reichsinnenministerium vielleicht auch darüber im klaren, daß bei der gegenwärtigen Haltung der Länderregierungen eine gedeihliche Zusammenarbeit in diesen Fragen so gut wie ausgeschlossen ist.

Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß sich diese Dinge über kurz oder lang zu einer ersten innenpolitischen Krise zuspitzen müssen. Dies gilt sowohl für die Pressepolitik als auch für die Frage etwaiger neuer örtlich und zeitlich begrenzter Uniform- und Versammlungsverbote. Es ist damit zu rechnen, daß einzelne Länderregierungen die Möglichkeiten, die für örtlich und zeitlich begrenzte Uniform- und Versammlungsverbote durch die neue Notverordnung immerhin noch offen geblieben sind, bis zur Reize ausschöpfen werden, ganz abgesehen davon, daß wahrscheinlich auch der Staatsgerichtshof gegen die Rechtsgültigkeit der neuen Notverordnung mobil gemacht werden soll. Es kommt jetzt vor allem darauf an, ob die Reichsregierung Taikraft genug besitzt, um sich gegen diese vielfältigen innenpolitischen Widerstände hindurchzusetzen. Wenn sie in den außenpolitischen Verhandlungen bis zum Schluß eine klare und einwandfreie Linie verfolgt, und wenn es ihr im Inneren gelingt, Schritt für Schritt die parteipolitischen Widerstände zu überwinden, die täglich und stündlich ihrem Wirken entgegengesetzt werden, dann allein kann sie darauf rechnen, sich auch im Bewußtsein der nationalen Öffentlichkeit allmählich durchzusetzen. Dem aufmerksamen Beobachter der politischen Entwicklung kann es nicht entgehen, daß in dieser Beziehung binnen kurzem eine kritische Zuspitzung eintreten kann.

Reise des Reichspräsidenten nach Neudorf

Berlin, 1. Juli. Reichspräsident v. Hindenburg wird im Laufe der nächsten Woche nach Neudorf reisen. Wie von ausländischer Stelle betont wird, handelt es sich nicht um eine Urlaubsreise des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident wird im Gegenseitigen Amtsgeschäfte von Neudorf aus unverändert weiterführen und durch ständige Kuriers über sämtliche Vorfälle auf dem Laufenden gehalten werden.

Einigung der Gläubigermächte in Lausanne?

Noch keine deutsche Zustimmung

Lausanne, 1. Juli. Die Nachmittags-Sitzung des Büros des Reparationsausschusses dauerte von 3 bis 5 Uhr. Die fünf teilnehmenden Delegationen — die deutsche war nicht vertreten — beschäftigten sich mit der Aufstellung eines Schriftstückes, in dem die Punkte niedergelegt worden sind, über die bisher ein gewisses Einverständnis erzielt worden sein soll. Die sogenannte Sicherungsklausel, die sich auf die Frage des amerikanischen Verhaltens gegenüber den interalliierten Schulden bezieht, und die zahlenmäßigen Angaben sind bisher nicht festgelegt und für die Samstag-Sitzung vorbehalten, die um 10 Uhr vormittags beginnt.

Der Lausanner Reparationsplan

Lausanne, 1. Juli. Ueber den Inhalt des Planes, der heute in den beiden Sitzungen des Büros erörtert worden ist, verlautet im Lager der an seiner Abfassung beteiligten Mächte, daß es sich dabei um den Vorschlag einer Beteiligung Deutschlands an dem Fonds Commun bei der BZ. in Form von Bonds mit einer gewissen Laufzeit handelt, deren Beginn abhängig wäre von bestimmten Anzeichen der allgemeinen und der deutschen Wiedererholung. Es soll jedoch eine Anzahl von Jahren vergehen, bevor eine erste Tranche dieser Bonds durch die BZ. begeben werden darf.

Diese unter allem Vorbehalt verzeichneten Angaben ausländischer Quellen sehen weiter ziffernmäßige Vorschläge variabler Natur, je nach der Entscheidung der Vereinigten Staaten in der Schuldenfrage vor. Sie entziehen sich der Erörterung, so lange sie nicht der deutschen Delegation vorgelegt und auf ihren Einlang mit der stets angenommenen grundsätzlichen Haltung Deutschlands geprüft sein werden.

Französische Entgegenkommen in Lausanne?

Lausanne, 1. Juli. Von ausländischer Seite wird über den Verlauf der heutigen Beratungen des Büros behauptet, daß die fünf beteiligten Mächte nach dem Appell Macdonalds an Frankreich ein weitgehendes Entgegenkommen der Franzosen in der Zifferfrage festgestellt hätten. Ebenso sei es gelungen, eine Alternativformel in der Frage des Sicherungsvorbehalts wegen der Schulden an Amerika zu finden, die bedeutend elastischer gehalten sei als frühere Vorschläge. Die neue Formel soll jedoch erst morgen weiterberaten werden. Der Rahmenbericht, um den es sich hier handelt, soll morgen nachmittag den deutschen Delegierten als Vorschlag der fünf Mächte unterbreitet werden.

Der Delegierte Georges Bonnet gab heute abend folgende Erklärung ab:

„Wir haben in der Gläubigerversammlung des Büros ein ziemlich vollständiges Memorandum fertiggestellt, das sich bereits in den Händen des Reichskanzlers befindet. In diesem Memorandum fehlen die Zahlen, und es fehlt die Regelung der interalliierten Schuldenfrage im Zusammenhang mit den Reparationen. Daß der Ausdruck „Reparationen“ nicht mehr in dem Schriftstück erscheint, brauche

ich Ihnen nicht zu sagen. Morgen vormittag werden wir mit den Deutschen über die Zahlen verhandeln, nachmittags werden wir die amerikanische Schuldenfrage erörtern. Zu diesem Zweck sind aus Genf zwei amerikanische Beobachter eingetroffen, nämlich Gibson und Norman Davis, die beide heute abend mit Macdonald verhandeln.“

Wörtlich fügte Bonnet hinzu: „Ich glaube jetzt fest an das Gelingen der Konferenz.“

Die heutigen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler v. Papen und Macdonald bezogen sich ganz besonders auf die Formulierung der politischen Kundgebung, die in der Schlußfassung der Lausanner Konferenz verlaubarbar werden soll. In dieser Kundgebung wird nach früheren Mustern neuerdings auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß zwischen den Staatsmännern ein ständiger enger Kontakt vorhanden sein soll und daß man über alle auftauchenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur rechtzeitig eine Verständigung herbeiführen müsse.

Man darf mit einiger Bestimmtheit sagen, daß man nach der Rückkehr Herriots und Chamberlains am Samstag einen allerersten und endgültigen Versuch machen wird, die Lausanner Auseinandersetzungen befriedigend abzuklären.

Herriot über die Lage in Lausanne

Paris, 1. Juli. Im Ministerrat erstattete Herriot am Freitag Bericht über die letzten Lausanner Verhandlungen, während Kriegsminister Paul Boncour und Marineminister Lesages über die Genfer Abrüstungsverhandlungen referierten. Im Anschluß an den Ministerrat empfing Herriot die Presse. Er versuchte die gegenwärtige Lage wie folgt zu skizzieren:

Die Franzosen sind im vollen Einverständnis mit den Engländern in den beiden wesentlichen Fragen der von Frankreich vom Konferenzbeginn an eingenommenen Haltung:

- 1. daß eine Verbindung zwischen Reparationen und Schulden bestehen müsse und
- 2. daß die Paritätsumme allgemeinen Charakter trage.

Es gehe noch einige kleinere Einzelheiten zu rechen bettelnd den Zinsfuß und den Zeitpunkt der Ausgabe der Bonds usw., aber das sei von geringer Bedeutung. Man habe Erfolg zur Hoffnung, daß diese Einigung bald auf alle übrigen Gläubigermächte sich ausdehnen werde. Jetzt komme es darauf an, zu wissen, was die Deutschen tun würden.

Türkei wird Mitglied des Völkerbundes

Genf, 1. Juli. In der für heute Freitag zur erneuten Verhandlung des Sinesisch-japanischen Konfliktes einberufenen außerordentlichen Völkerbundversammlung trat der Vertreter Spaniens im Namen einer großen Anzahl von Völkerbundsmitgliedern, unter denen sich auch Deutschland befindet, der Bundesversammlung vor, die Türkei zum Eintritt in den Völkerbund einzuladen. Der Präsident Damiano teilte mit, daß demnach eine Sitzung der Völkerbundversammlung anberaumt werde, um zu der Einladung der Türkei Stellung zu nehmen.

Die Notverordnung über den Etat

Berlin, 1. Juli. Nach der jetzt vorliegenden Verordnung des Reichspräsidenten über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1932 sind die Einnahmen und Ausgaben des Reichs für das Rechnungsjahr 1932 mit je 8219 Millionen RM. veranschlagt. Dem Schuldentilgungsfonds werden reichseigene Reichsbahnvorschußanleihen zugeführt, und zwar in Höhe des planmäßigen Tilgungsbetrages. Die Tilgungsvorschußanleihen wird hiermit als erfüllt betrachtet. Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, zur Uebernahme von Garantien in Höhe von 350 Millionen RM. zur Außenbandelsförderung, in Höhe von 250 Millionen RM. für den Kleinwohnungsbau, in Höhe von 150 Millionen RM. für Siedlungszwecke und in Höhe von 100 Millionen RM. für Teilung und Instandsetzung von Altmwohnungen. Von den Reichsmitteln für Zwecke der Invalidenversicherung erhält die Reichs-Kassenkasse im Rechnungsjahr 1932 den Teilbetrag von 12 Millionen RM. Freiwerdende Planstellen des unteren und einfachen mittleren Dienstes dürfen nur mit geeigneten Wartegeldempfängern oder mit Versorgungsanwärtern besetzt werden. Das gleiche gilt für die Hälfte der freiwerdenden Stellen des gehobenen mittleren Dienstes. Diese Bestimmungen gelten für die Reichspost mit der Maßgabe, daß der entsprechende Prozentsatz beim unteren Dienst 80 Prozent und im einfachen mittleren Dienst 90 Prozent beträgt. Ueber die letzten 10 Prozent der bewilligten jährlichen Ausgaben darf von den einzelnen Behörden, soweit nicht die Verpflichtung zur Leistung auf Grund eines Gesetzes besteht, nur mit vorheriger Zustimmung des Reichsfinanzministers verfügt werden.

Nach dem aufgestellten Plan betragen die Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung rund 7713 Millionen RM. Es sollen erbringen Besitz- und Verkehrssteuern 4757 Millionen RM., Zölle und Verbrauchsabgaben 2707 Millionen RM., das Bank- und Münzwesen 127 Millionen RM. und Dividenden usw. von der Reichsbahn rund 119,6 Millionen RM. Die Einnahmen der Reichspost sind mit 249,5 Millionen RM., die des Reichsfinanzministeriums mit 74,1 Millionen RM. und die des Reichsverkehrsministeriums mit 29,4 Millionen RM. veranschlagt. Von den Ausgaben beansprucht die Allgemeine Finanzverwaltung 2270 Millionen RM. Auf das Reichsarbeitsministerium entfallen an laufenden Ausgaben 1560 Millionen RM., auf Versorgung und Rubelgeld 1183 Millionen RM., auf den Dienst der Reichswehr 943 Millionen RM., auf das Reichswehrministerium 578 Millionen RM., auf Zinslasten 470 Millionen RM., auf das Reichsfinanzministerium 397 Millionen RM., auf das Reichsverkehrsministerium 116 Millionen RM., auf das Reichsdruckenministerium 68 Millionen RM., auf das Auswärtige Amt 52 Millionen RM., auf das Reichsinnenministerium 30,8 Millionen RM., auf das Reichswirtschaftsministerium 18,3 Millionen RM., auf das Reichsjustizministerium 13,1 Millionen RM.

Die Summe der einmaligen Ausgaben beträgt 319 Millionen RM.; davon entfallen u. a. auf das Reichswehrministerium 96,2 Millionen RM., auf das Reichsdruckenministerium 77,7 auf die allgemeine Finanzverwaltung 56,9, auf das Reichsverkehrsministerium 54,4, auf das Reichsfinanzministerium 20,5, auf das Reichswirtschaftsministerium 6,8 und auf das Reichsinnenministerium 6,6 Millionen RM.



Forderungen der NSDAP. in Preußen

Frankfurt a. M., 1. Juli. Der Führer der NSDAP-Fraktion im preussischen Landtag, Abg. Rube, richtete heute hier in einer Wahlverfammlng der Nationalsozialisten scharfe Angriffe gegen die Parteien der Weimarer Koalition und führte weiter aus, am 31. Juli gelte der Kampf nicht dem Kabinett v. Papen, sondern dem alten System. Es werde den Deutschnationalen nichts anderes übrig bleiben, als sich Hitler und der NSDAP. anzuschließen.

Zu der Regierungsübernahme in Preußen erklärte der Redner: „Wir sind bereit, die Regierung zu übernehmen, aber ohne jede Bindung. Wir sind bereit, den Ministerpräsidenten zu stellen, aber dieser Ministerpräsident nimmt nicht Aufträge der anderen Parteien entgegen, sondern nur Adolf Hitlers. Wenn wir nach dem 31. Juli in eine Koalition gehen, so unter der Bedingung, daß wir den Ministerpräsidenten, den preussischen Innenminister, den Kultusminister, den Landwirtschaftsminister und wahrscheinlich auch den Justizminister stellen. Stellen wir den Innenminister, dann sind morgen alle 45 Polizeipräsidenten ihres Amtes enthoben. Das neue Preußen will neue Männer und neue Methoden“.

Neues vom Tage

Das Reichsgericht für Verbot des „Vorwärts“

Leipzig, 1. Juli. Wie der Reichsgerichtsdienst des RTB. erzählt, hat der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts in seiner heutigen Beschlusssitzung das Verbot des „Vorwärts“ für zulässig erklärt. Der Senat ist der Auffassung, daß die in Frage kommenden Artikel geeignet sind, den Reichspräsidenten und die Reichsregierung verächtlich zu machen, zudem aber auch lebenswichtige innen- und außenpolitische Interessen zu gefährden. Der Senat hält, zumal in der jetzigen Zeit, den wirksamen Schutz dieser Interessen für unbedingt erforderlich. Ueber das Verbot der „Kölnischen Volkszeitung“ soll in einer Beschlusssitzung am Samstag entschieden werden.

Preußen und das „Vorwärts“-Verbot

Berlin, 1. Juli. Nachdem der zuständige Senat des Reichsgerichts das Verbot des „Vorwärts“ für zulässig erklärt hat, wies die preussische Staatsregierung zunächst den offiziellen Bescheid ab. Da es sich um eine richterliche Entscheidung handelt, ist es, wie wir aus preussischen Kreisen hören, selbstverständlich, daß das Verbot durchgeföhrt wird. Der preussische Innenminister wird nach Eingang der offiziellen Mitteilung dem Polizeipräsidenten von Berlin anweisen, das Verbot zu erfüllen.

Deutsch-englische Stillhalteverhandlungen

Berlin, 1. Juli. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß in London neue deutsch-englische Stillhalteverhandlungen für die privaten Kredite beginnen. Die Reichshandelsdirektoren Fuchs und a. Wendel, für die Privatbanken die Direktoren Schleper und Zeibels, ferner Geheimrat Kahl vom Reichsverband der Deutschen Industrie sind zu diesen Verhandlungen nach London abgereist. Die Zusammenkunft geht auf eine frühere Vereinbarung zurück, wonach die Sachverständigen beider Länder alle Vierteljahre einmal zusammenkommen, um sich über die Entwicklung des Stillhalteabkommens auszusprechen. Diesmal liegen die Dinge nun so, daß im laufenden Vierteljahr 60 Millionen mehr von Deutschland abgezogen worden sind als vorausgesehen wurde; nach deutscher Auffassung ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer weiteren Zinsenkung.

Regierungserklärung im oldenburgischen Landtag

Oldenburg, 1. Juli. In der heutigen Sitzung des oldenburgischen Landtages gab Ministerpräsident Röver die Regierungserklärung ab. Sie betont eingangs, daß das Staatsministerium die Leitung der Geschäfte nach bestem Wissen und Gewissen im nationalsozialistischen Geiste ausüben wolle. Als vorbringslichste Aufgabe wird die Lösung der Aufgabe der Arbeitsbeschaffung bezeichnet. Ferner wird kulturpolitische Aufbauarbeit im nationalen und christlichen Sinne angefündigt. Der nationalsozialistische verfassungsändernde Antrag, der die Herabsetzung der Zahl der Minister zum Ziele hat, fand nicht die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit, da auch die Deutschnationalen dagegen stimmten.

Ein finnischer Biermeister gesunken — 11 Mann ertrunken

London, 1. Juli. Der finnische Biermeister „Melbourne“ ist auf der Höhe des Leuchtturmes „Hälmel“ an der Küste der irischen Grafschaft Cork mit dem Petroleumtankerschiff „Seminole“ zusammengestoßen und gesunken. 11 Mann der Besatzung, darunter der Kapitän, der erste und der dritte Offizier ertranken, 16 Mann wurden gerettet. Das Petroleumschiff „Seminole“ ist fast ganz unbeschädigt geblieben. Die „Melbourne“ gehörte zu einer Flotte von Segelschiffen, die Jahr um Jahr mit einer Getreideladung von Australien nach Balmouth oder Queenstown fahren.

Einpruch des preussischen Staatsrates gegen die Amnestie

Berlin, 1. Juli. Der preussische Staatsrat billigte den Einpruch gegen die Amnestievorlage. In der Begründung heißt es, daß das Gesetz eine schwere Gefährdung der Strafrechtspflege und der Staatsautorität bedeute, da es vorwiegend aus politischen Beweggründen begangene Straftaten ohne Rücksicht auf die Gefährdung des Lebens von Strafe frel mache.

Gouverneur Roosevelt, der voraussichtliche Präsidentschaftskandidat der Demokraten

Chicago, 1. Juli. Der Demokratische Parteitag beschäftigte sich mit der Kandidatenfrage. Als erster wurde Gouverneur Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten vorgeschlagen, was ungeheuren, etwa 40 Minuten dauernden Beifallsturm seiner Anhänger auslöste. Die Ansichten Roosevelts, zum Parteitag nominiert zu werden, werden außerordentlich günstig beurteilt, da Vertreter von mehr als 30 Staaten sich für seine Kandidatur ausgesprochen haben. Roosevelt hat der Entschlieung des demokratischen Konvents, der sich für die Abschaffung der Prohibition ausspricht, zugestimmt.

Unwetter-Katastrophe im Kreise Hintsch. Im Kreise Hintsch (Schlesien) ging Donnerstag ein Unwetter nieder, das auf weiten Strecken die gesamte Ernte vernichtete. Es fiel eine Viertelstunde lang Hagel in Taubeneigröße.

Wald- und Holzwirtschaftsfragen im württ. Landtag

Stuttgart, 1. Juli. Die Kollage der Wald- und Holzwirtschaft fand in der Donnerstag-Sitzung des Landtags ein starkes Echo. Abg. Bod (Z.) begründete die Anfrage und betonte dabei, daß die Waldrente auf einen Tiefpunkt gesunken sei. Das Reich habe bis jetzt wenig geholfen. In Berlin habe man für Geld aus Süddeutschland ein einnehmendes Wesen, aber keinen Sinn für Unterföhung der württembergischen Wirtschaft.

Wirtschaftsminister Dr. Meier erklärte, nur eine umfassende Marktregelung könne die deutsche Wald- und Holzwirtschaft in Ordnung bringen. Die russische Holzinfuhr habe bei weitem nicht den ausschlaggebenden Einfluß, der ihr im allgemeinen zugeschrieben werde. Die Grundursache des Tiefstandes der Holzpreise sei die einfache Tatsache, daß beim Holz und den Holzprodukten der freie Markt bestesse im Gegensatz zu anderen Produktionsgruppen, so daß die Gesetze von Angebot und Nachfrage sich völlig hemmungslos auswirken. Württemberg habe sich beim Reich vergebens für die Kontingentierung eingesetzt. Heute werde dieser von Württemberg seit einhalb Jahren vertretene Gedanke ganz allgemein vertreten. Ein württembergischer Holzkommissar soll die Fragen der Wald- und Holzwirtschaft konzentriert bearbeiten und die Regierung für einen umfassenden Plan gewinnen. Der Minister betonte weiter, die Holzfrage sei die süddeutsche Roggenfrage. Das Reich habe für die Roggenstützung alles mögliche getan, aber für die süddeutschen Sorgen nichts übrig gehabt. Es bestesse die Gefahr, daß die deutsche Wirtschaftspolitik sich restlos konzentriere auf den Preissturz für Eisen, Stahl und Kohle einerseits und einen ausschließlichen Schutz des Getreides andererseits, so daß der Süden mit seiner Bearbeitungsindustrie und seiner Veredelungswirtschaft auf die Hinterseite der wirtschaftspolitischen Aktivität des Reiches gerate. So sei die Veredelungswirtschaft, welche dem schwäbischen Bauern die laufenden Einnahmen geben müsse, ganz unzureichend geschützt. Der Landwirt mit ausschließlicher Vieh- und Milchwirtschaft muß für das Brot, das er kaufen muß, immer höhere Preise bezahlen, bekomme aber für seine Milch Monat für Monat weniger. Die deutsche Landwirtschaft sei in ihrer Gesamtheit arm geworden, die süddeutsche Landwirtschaft aber habe man unverhältnismäßig stark abladen lassen. Es sei kein Separatismus, sondern eine wohlverstandene Interessenwahrung des Landes, wenn Württemberg von Anfang an auf der Hut und zum Widerstand gegen Experimente entschlossen sei, die man offensichtlich auf seinem Rücken austragen wolle.

Der Abg. Stoß (BB.) sprach der württembergischen Regierung Anerkennung dafür aus, daß sie sich so sehr für die württembergische Holzindustrie eingesetzt hat und verlangte eine Kontingentierung sowie Herabsetzung der Frachten. Abg. Böhner (NS.) wandte sich gegen die Einfuhr von ausländischem Holz. Das gleiche tat auch der Abg. Scheffold (Ztr.).

Finanzminister Dr. Dehlinger wies einige Behauptungen über die Verwendung ausländischen Holzes bei württembergischen Staatsbauten zurück. Abg. Ruggaber (S.) verlangte eine Vereinfachung der württembergischen Forstverwaltung. Abg. Kling (GDD.) sprach dem Wirtschaftsministerium seine Anerkennung aus. Abg. Haag (K.) erging sich in eine Polemik gegen die Nationalsozialisten. Die kommunistischen Abgeordneten Bollmer und Fischer wurden wegen Zwischenrufen je dreimal zur Ordnung gerufen und der Präsident drohte, daß er die

Sitzung unterbrechen, den Vortragsrat einberufen und darüber abstimmen lassen werde, ob dem Abg. Haag das Wort entzogen werden soll. Abg. Joh. Fischer (Dem.) stimmte mit den Wirtschaftsbetrachtungen des Wirtschaftsministers überein. Man habe den Eindruck, daß die Preisgabe der süddeutschen Wirtschaftsinteressen der Kaufpreis dafür war, daß sich die nationalsozialistische Phantasterei jetzt wieder ausleben können. Der Abg. Schüle (NS.) erklärte, bei den bisherigen Handelsverträgen sei auf die Landwirtschaft keine Rücksicht genommen worden. Alle Staaten, die ihre Landwirtschaft verkommen lassen, würden selbst zugrunde gehen. Wirtschaftsminister Dr. Meier erwiderte, es sei das Bestreben der württembergischen Regierung, die Interessen von Landwirtschaft und Industrie miteinander zu vereinigen. Man dürfe die Bedeutung des Exports nicht verkennen, denn 38 Prozent der gesamten deutschen Warenzeugung seien im ersten Vierteljahr 1932 exportiert worden. Abgeordneter König (Z.) beantragte, bei der Reichsregierung gegen einen etwaigen Abbau des Butterzolls Einspruch zu erheben. Es sprach dann noch die Abg. Gompfer (S.), Reiner (NS.), Weimer (S.) und Abg. Fischer (K.), worauf die Weiterberatung auf nachmittags vertagt wurde.

Am Freitag nachmittag wurden mehrere Anträge, die zur Frage der Holz- und Waldwirtschaft gestellt worden waren, an den Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuß überwiesen. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag betr. Auffassungssachen, abgelehnt dagegen ein nat.-soz. und ein komm. Antrag, die sich gegen das Einsetzen von Polizei bei Wirtschaftskämpfen wenden. Der Abg. Ruggaber (S.) beantragte eine große soz. Anfrage, in der er die Einbeziehung der Waldarbeiter in die Krisenfürsorge verlangte. Wirtschaftsminister Dr. Meier erklärte, daß die Forstdirektion bereits so sich aus dem Landesarbeitsamt die Weiterführung der Krisenunterföhung an die Waldarbeiter beantragt habe und Finanzminister Dr. Dehlinger wies darauf hin, daß man die Waldarbeiter im Staatswald nicht weiter beschäftigen könne, weil kein Holz für das Holz vorhanden sei. Die Abg. Herrmann (Z.) und Waldmann (NS.) befruchteten staatl. Dille für die Waldarbeiter, auch der Abg. Bollmer (K.) trat für deren Interessen ein. Nach weiterer Debatte, an der sich die Abg. Weimer (S.), Joh. Fischer (Dem.), Reiner (NS.), Dr. Ströbel (BB.), Ulrich (S.), Kling (GDD.), Bollmer (K.) und Pflüger (S.) beteiligten, wurden die kommunistischen und die sozialdemokratischen Anträge betr. Wiederbeschäftigung der arbeitslosen Waldarbeiter und Verlängerung der Krisenunterföhung einstimmig angenommen.

Dann folgte die Behandlung einer großen Anfrage der Kommunisten betr. die Umfassungsfreiheit in Verbindung mit verschiedenen Anträgen betr. Rotorordnung, Lohnabbau, Tributzahlungen und Austritt Deutschlands aus dem Völkerverbund. In der großen Anfrage heißt es, daß durch die Rotorordnung der neuen Reichsregierung die Umfassungsfreiheit für Umsätze bis zu 5000 RM beseitigt worden ist und daß diese Beseitigung eine schwere Härte für die süddeutsche Wirtschaft, vor allem für den Mittelstand und die Landwirtschaft bedeute. In diesem Sinne beantragte der Abg. Bod (Z.) die Anfrage mit einer Polemik gegen die neue Reichsregierung und vor allem gegen die Nationalsozialisten.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 2. Juli 1932.

Die Schießbahn-Eröffnung in Altensteig, die dem hiesigen Kriegerverein nun eine mustergültige Schießbahn gibt, wird am Sonntag zahlreiche Schützen hieher führen. Der Verein bittet die Einwohner der Stadt, ihre Häuser aus diesem Anlaß zu beflaggen, um damit den zahlreichen Gästen eine besondere Ehre zu erweisen. Den Schützen winken wertvolle Schießpreise, die in der Drogerie Schlumberger ausgestellt sind. Der erste Preis stellt allein einen sehr hohen Wert dar. Die geladenen Schützenvereine werden zweifellos eine derartige Aufnahme finden und auch im Schießsport auf ihre Rechnung kommen.

— **Bauern- und Wetterregeln im Juli.** Der Juli, eigentlich „Julius“, hat seinen Namen von dem großen römischen Feldherrn und Kalenderreformator Julius Cäsar. Der altdeutsche Kalender bezeichnet den siebten Jahresmonat als „Heuert“, der „Heumonat“. Alte Bauernregeln besagen: Juliglut macht Obst und Wein gut; aber Juldürre macht die Bauern irre. — Der Juli soll also heiß, aber nicht andauernd und zu heiß sein. — Im Juli nachts Regen, tagsüber Sonne ist dem Bauern zur Wonne, füllt Scheuer, Sad und Tonne. — Juliregen sind von Segen, dauern sie allzulang und sind sie kalt, leiden Garten, Feld und Wald. — Julitreifen und Hagelwetter sind zwei unbeliebte Wetter; wenn sich stellt der erste ein, hinkt der zweite hintendrein.

— **Telegrammverkehr.** Die Benutzung des Telegraphen auf Eisenbahnreisen, soweit der Zugfunk, d. h. der unmittelbare Nachrichten Austausch mit fahrenden Zügen nicht in Betracht kommt, wird vom 1. Juli an weiter erleichtert. Reisende in Schnell- und Eilzügen können dann bei den Zugbegleitern Telegramme außer nach Orten in Deutschland auch nach den meisten fremden Ländern Europas aufgeben. Die Telegramme müssen in offener Sprache abgefaßt sein, dürfen nicht mehr als 14 Gehührensätze enthalten und keine besonderen Vermerke tragen. An Gebühren werden runde Einheitsätze erhoben, die unter Zugrundelegung der Wortzahl 14 für jedes Land nach dessen Wortgebührensatz und unter Einrechnung eines Zuschlages von 20 Kp. je Telegramm für die Aufgabe im Zuge festgelegt sind. Ein Telegramm nach einem Ort in Deutschland kostet also (14 mal 15) und 20 Kp. gleich 2.30 RM. Telegramm an Reisende in Schnell- und Eilzügen werden — ebenfalls vom 1. Juli an —, wenn sie der Telegrammzusteller nicht am Zuge dem Telegrammpfänger ausshändigen kann, dem Zugführer oder einem Zugschaffner übergeben, damit der Zugbegleiter die Anbringung im Zuge weiter versucht.

Schwenningen, 1. Juli. (Herzschlag.) Nach der Mittagspause wurde der Feinmechaniker Hermann Bauer an seinem Arbeitsplatz von einem Herzschlag betroffen. Das Entsetzen seiner Familie war groß, als man den erst 45 Jahre alten Gatten und Vater tot nach Hause brachte.

Reutlingen, 1. Juli. (Randsiedlungen.) Der Gemeinderat hat den beschleunigten Bau von 15–20 Wohnungseinheiten als Randsiedlungen auf einem Gelände bei Behingen beschloffen. Das Reich gewährt dafür ein Darlehen.

Stuttgart, 1. Juli. (Mehr als geflüchtet.) Der vor einigen Tagen während seiner Vorführung zum Amtsarzt flüchtig gegangene Unterföhungsgefangene Erhard Seifried von Untertürkheim wurde im elterlichen Hause durch einen Beamten getroffen. Zunächst gelang es Seifried, abermals zu entkommen. Er wurde jedoch von dem Beamten eingeholt und an die Handgelenke genommen. Während seines Transportes setzte sich aber Seifried plötzlich wieder zur Wehr und schlug auf den Polizeibeamten ein, so daß dieser zu Boden fiel und bewußtlos liegen blieb. Dadurch ist es Seifried gelungen, noch einmal die Flucht zu ergreifen. Zuletzt konnte der Flüchtling unter dem Dachfenster versteckt aufgefunden werden.

Vertagung des Landtags. In der Samstag-Sitzung des Landtags wird bis zur vollen Aufarbeitung der ganzen Tagesordnung durchberaten. Dann wird sich der Landtag bis zum Herbst vertagen.

Hastbefehl gegen Schläffer. Der kommunistische Parteisekretär Joseph Schläffer aus Stuttgart, wohnhaft in Berlin-Reinickendorf, sollte sich vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig unter der Anklage der Vorbereitung des Hochverrats verantworten. Der Angeklagte ist nicht erschienen, ebensowenig sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Fritz Löwenthal-Berlin. Am Dienstag ist von Dr. Löwenthal ein ärztliches Zeugnis eingereicht worden, nach dem der Angeklagte Schläffer angeblich einen Nervenzusammenbruch erlitten haben soll und pflegebedürftig sei. Der vierte Strafsenat hat auf Antrag des Oberreichsanwalts diese Entschuldigung nicht gelten lassen. Er hat vielmehr beschlossen, gegen Schläffer Haftbefehl zur Unterföhungshaft zu erlassen. Nach polizeilichen Feststellungen habe der Angeklagte vor wenigen Tagen noch erklärt, für den Fall des Verbots der KPD, sei er gesichert. Er verschwinde, seine Koffer seien schon gepackt.

Ehlingen, 1. Juli. (Schadenfeuer.) Am Donnerstag abend brach in den Häusern Marktplatz 36 und 37 ein Dachstuhlbrand aus, der vermutlich auf einen Kamindeckel zurückzuführen ist. Gegen Mitternacht konnte die Feuerwehrt unter Zurüdföhung einer Brandwache wieder abrüden.



Ludwigsburg, 1. Juli. (Fabrikbrand.) Abends brach im Laderraum eines an der Salonstraße gelegenen Gebäudes der Ludwigsburger Metall- und Lackwarenfabrik ein Brand aus.

Gmünd, 1. Juli. (Schwammwasser.) Ueber Gmünd gingen Donnerstag abend schwere wolkenbruchartige Regenfälle nieder, wodurch die Rems rasch anstieg.

Gmünd, 1. Juli. (Unverschämte Bettler.) Ein Bettler erhielt dieser Tage von einer Frau ein Zweipfennigstück. Mit dieser Gabe war er aber nicht zufrieden.

Göppingen, 1. Juli. (23 Prozent Umlage.) Nach recht lebhafter Debatte im Gemeinderat einigte man sich dahin, die von der Verwaltungsabteilung gestellten Anträge anzunehmen.

Ellwangen, 1. Juli. (Ertrunken.) In Jagitzell ist beim Überbeschwimmen in der Jagt der zwölfjährige Sohn eines Landwirts ertrunken.

Ulm, 1. Juli. (Hund als Kindsmädchen.) Ein zweijähriges Mädchen hatte sich in einem unbewachten Augenblick, während seine Mutter mit einer Bekannten sprach, unbeobachtet entfernt und war auf den Fahrweg der Diogenstraße geraten.

Demonstrationsumzug — Nadau in der Altstadt

Stuttgart, 1. Juli. Nach Aufhebung des Demonstrationsverbotes veranstalteten Donnerstag abend die SA. und SS. den ersten Demonstrationsumzug.

Zwei Stunden später aber kam es zu Nadaujungen in der Altstadt. In der Hauptfläche spielten sie sich vor dem Gewerkschaftshaus in der Eßlinger Straße ab.

Politische Betätigung von Seminaristen

Stuttgart, 1. Juli. Die kommunistischen Abgeordneten haben im Landtag unter Hinweis auf verschiedene Vorkommnisse am Lehrerseminar Nagold eine Große Anfrage gestellt.

Aus Baden

Pforzheim, 2. Juli. Ein 67jähriger Schmiedemeister erlitt gestern nachmittag in seiner Werkstatt in der Lammstraße bei der Arbeit einen schmerzhaften Unfall.

war bei der Einlieferung bereits sehr ernst, da bei ihm der Puls schon auszuweichen begann. Dies ist eine Mahnung für viele, nach dem Genuss von jungen Kartoffeln, die an sich schwer verdaulich sind, besonders vorsichtig zu sein.

Forchheim, 2. Juni. (Enttäuscht.) Hierher zurückgekehrt sind fünf junge Männer, die vor zwei Monaten nach Argentinien ausgewandert waren, dort aber keine Arbeit finden konnten.

Freiburg, 30. Juni. Das anderthalb Jahre alte Kind des Postkassners Lorenz Weiss von hier kürzte gestern vormittag, als die Mutter gerade einen Bettler an der Tür abfertigte, in einen Topf mit heißem Wasser und zog sich derartige Verbrühungen am ganzen Körper zu.

Freiburg, 30. Juni. Bei dem Gewitter, das gestern über Malterdingen niederging, flüchteten die Eheleute Julius Jauch vor dem wolkenbruchartigen Regen unter einen Kirschbaum.

Mannheim, 1. Juli. (Eine Gummifabrik niedergebrannt.) Gestern nachmittag gegen 4 Uhr entstand in dem im Birkenauer Tal in der oberen Hiltbrandtischen Mühle untergebrachten Filialbetrieb der Gummifabrik Weißbrod u. Seifert (Weinheim) infolge Selbstentzündung ein Großbrand.

Waldsloh, 1. Juli. (Seine Frau erstickt.) Gestern vormittag erstickte der Zigeuner Jakob Baumgartner, der angeblich in Obereggingen einen festen Wohnsitz haben will, bei der Genbarmerie Immeneich und teilte mit, er habe seine Frau vor seinem unterhalb des Dorfes Unterfutterau stehenden Zigeunerwagen erstickt aufgefunden.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Brandstiftungen in Berliner Schulen. Die Berliner Volksschulen werden seit einigen Tagen von geheimnisvollen Brandstiftungen heimgesucht. Nachdem in den letzten beiden Tagen die Feuerwehr ungefähr siebenmal in verschiedenen Schulen Groß-Berlins eingreifen mußte, wurde sie Donnerstag nachmittag wieder zweimal, nach Friedenau und nach Steglitz, gerufen.

Flugzeugunglück in Gelsenkirchen. Ein Flugzeug der Essener Flugzeuggesellschaft kürzte über dem Flughafen aus einer Höhe von 70 bis 80 Metern in einer Kurve ab.

Zeitgemäher Entschuldigungszettel. Der Rektor einer Schule in einer westdeutschen Großstadt erhielt von einer Schülerin folgenden Entschuldigungszettel: „Werter Herr Lehrer! Haben uns Schmelings Vortamp angelehrt, dadurch haben wir uns verklärt. Ich möchte damit Herta entschuldigen. Hochachtungsvoll Frau K.“

Turnen, Spiel und Sport

Vom Sportverein

Zum Schluß der diesjährigen Fußballsaison kommen zum Sportverein noch Gäste aus dem Unterland. Die Jugendmannschaft des Schwimm- und Sportvereins Bellingheim belacht anlässlich eines Ausflugs in den Schwarzwald unsere Jugendmannschaft und trägt mit derselben ein Freundschaftsspiel aus.

Aus dem Gerichtssaal

Tübingen, 1. Juli. (Spiele nicht mit Schießgewehr.) Vor dem erweiterten Schöffengericht hatte sich Karl Schöndelmayer aus Oberaltaheim Oberamt Nagold zu verantworten, der am Sonntag, den 8. Mai ds. Js. zwischen 10 und 11 Uhr nachts im „Hirsch“ in Unteraltheim, als er am Tisch saß und trotz mehrfacher Verwarnung mit seiner geladenen Pistole manövierte, den 25 Jahre alten ledigen Schuhmacher und Landwirt Alfons Kint von Unteraltheim erschossen hat.

Druck und Verlag der W. Kiefer'schen Buchdruckerei, Altenpöts. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

Handel und Verkehr

Stadtgemeinde Nagold Markt- und Ladenpreise von Lebensmitteln, Getreide, Hülsenfrüchten, Heu, Stroh Brenn- und Leuchtstoffen Landwirtschaftliche Erzeugnisse:

Table with 4 columns: je., höchster Preis, niederster Preis, Durchschnittspreis. Lists various goods like Weizen, Dinkel, Roggen, etc.

Lebensmittel: (in Pfennige angegeben)

Table with 4 columns: 1 Pfd., 1 Pfd., 1 Pfd., 1 Pfd. Lists food items like Schmalz, Butter, Mehl, etc.

Stärkte

Offenburger Obstmarkt vom 30. Juni. Kirchen 8-15, Erdbeeren 24, Heidelbeeren 30, Stachelbeeren 12-14 Bfa. Oberkircher Obstmarkt vom 29. Juni. Erdbeeren 25, Kirchen 8 bis 16, Heidelbeeren 30-38, Johannis- und Stachelbeeren 20 Bfa.

Beste Nachrichten

Schon wieder ein Schulbrand

Berlin, 1. Juli. Die geheimnisvollen Schulbrände, von denen Berlin seit Tagen heimgesucht wird, haben sich heute um einen neuen vermehrt, der auf die gleiche Weise gelegt wurde wie alle bisherigen.

Politische Morde

Kaiserslautern, 1. Juli. Auf dem Wege von der Arbeitsstätte nach Hause wurde der SA-Mann Hermann Japp von Kommunisten überfallen. Ein Stich in die Halsschlagader hatte den sofortigen Tod zur Folge.

Zeitz, 1. Juli. Am Donnerstag erlag der Hitlerjugendführer Werner Gerhard den schweren Verletzungen, die er bei einem Ueberfall von Reichsbannerleuten davontrug.

Ruffhäuser-Tag in Dortmund

Dortmund, 1. Juli. Der 4. Deutsche Reichskriegertag wurde heute mit einem Presseempfang eingeleitet, bei dem der Führer des Ruffhäuserbundes, General a. D. Horn, die Ziele des Bundes erläuterte.

Gestorben

Nagold: Karoline Breuning geb. Riensle, 71 Jahre alt.

Wetter für Sonntag und Montag

Die nordwestliche Depression kommt vorerst nicht zur Geltung, jedoch für Sonntag und Montag immer noch mehrfach heiteres, aber zu Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Berneck

Zu dem am nächsten Dienstag, den 5. Juli 1932 stattfindenden

Krämer-, Vieh- und Schweinemarkt

ergeht hiermit freundl. Einladung.

Berneck, 2. Juli 1932.

Bürgermeisteramt.





Ob Sport, ob Tour, fährt immer nur: NSU Motorräder
 NSU VEREINIGTE FAHRZEUGWERKE A.G. · NECKARSULM · WÜRTTBG. · GEGR. 1873
 Vertreter: Paul Schaupp, Maschinenhandlung und mech. Werkstätte, Altensteig.

Tuberkulosesprechstunden
 in diesem Monat: Montag, den 4. und 18. Juli von 10—1 Uhr im Bezirkskrankenhaus.
 Amtsärztliche Sprechstunden ebenda von 2—3 Uhr.

N.S.D.A.P. Ortsgruppe Nagold
 Heute Samstag, 2. Juli 1932, abends 8 Uhr im „Löwenaal“

Gastspiel „Wolf Petersen“
 der R.S.-Bühne für Württemberg · Hohenzollern
 Schauspiel in 4 Aufzügen dem unbekanntem E.N.-Mann gewidmet von Hans Rüdiger
 Eintrittspreis: I. Platz 1.—, II. Platz 80 Pf., Arbeitslose und Sozialrentner 40 Pf.
 NB. In den Banken konzertiert die E.N.-Kapelle Nagold.
 Altensteig.

Billige Kirschen-Tage!
 Bad. rote Kirschen 1 Pfd. 20, 25 ₤
 Bad. schwarze Kirschen 1 Pfd. 30 ₤
 in Spankörben 20 Pfd. zu billigsten Tagespreisen
 Bad. Preßlinge 1 Pfd. 40, 45 ₤
 Rote Johannisbeere 1 Pfd. 35 ₤
 Holländ. Tomaten 1 Pfd. 40, 45 ₤
 Tafel-Preßlinge 1 Pfd. 60 ₤
 Am. Rosen-Tafel-Äpfel 1 Pfd. 55 ₤
 Gelbe Bananen 1 Pfd. 35, 40 ₤
 Imperial-Orangen 1 Pfd. 40, 45 ₤
 Zitronen gelbe 1 Stück 6, 8, 10 ₤
 Ital. Kartoffeln 1 Pfd. 12, 15 ₤
 in Säcken 60 Pfd. 10 ₤
 Lauffener Früh-Kartoffeln 1 Pfd. 10 ₤
 in 100 Pfd. Säcken 8.50 ₤
 Neue Ital. und Ägypter Zwiebeln 1 Pfd. 15 ₤ 18 ₤
 Gelb-dotterige Flandern-Eier 10 Stück 70 ₤, 100 Stück 8.50 ₤
 10 Stück 80 ₤, 100 Stück 7.50 ₤
 Fst. Allg. Tafel- und Tee-Butter 1 Pfd. 1.40 1 Pfd. 1.50
 empfiehlt von frischen Sendungen

Chr. Burghard Jr.
 Am Sonntag, 3. Juli
Heutabfeier!
 mit musikalischer Unterhaltung im Gasthaus zum „Hirsch“ in Obertweiler.

3-Zimmer-Wohnung
 zu vermieten
 Interessenten wollen sich melden in der Geschäftsstelle ds. Bts.
Nagold.
 Zur Gewerbeausstellung Nagold empfehle den Herren Schreinermeistern zum Einbauen
Hausuhr- und Tischuhrwerke
 in verschiedenen Ausführungen zu billigsten Preisen.
Fr. Günther, Uhrmacher.

Sportverein Altensteig.
 Mitglied d. S.P. und L.V.
Freundschaftsspiel
 am 3. Juli 1932
 Schwimm- und Sportverein Besigheim Jugend
 Sportverein Altensteig Jugend
 Spielbeginn 1/2 8 Uhr

An unsere verehrl. Abnehmer
 Wir teilen hierdurch mit, daß Herr Josef Schausen, Nagold, aus den Diensten unserer Firma ausgeschieden ist.
 Unsere Niederlage in Nagold wird unter unserer Firma Rheinische Glas- und Spiegelmanufaktur G.m.b.H. „Rheinspiegel“ wie bisher Langestraße 8 weitergeführt.
 Mit unserer Vertretung haben wir Herrn Richard Walz betraut.
 Wir bitten von unserem Fernsprechanruf Nagold Nr. 12 Vormerkung zu nehmen. Wir unterhalten ständiges Lager in echten Kristallspiegelgläsern Marke U. D. S., sowie in allen für die Möbelfabrikation benötigten Gläsern und bitten Sie, recht häufig über unsere Dienste zu verfügen.
 Mit vorzüglicher Hochachtung
Rheinische Glas- und Spiegelmanufaktur G.m.b.H. Bonn a. Rhein.

Mit Schnellgang
 ist der neue Hanomag ausgerüstet, dadurch 15% Benzin-Ersparnis und 6 Vortriebsgänge. Wenn Sie einen wirklich zuverlässigen Wagen fahren wollen, dann fahren Sie den neuen Hanomag. Es gibt kein vollkommeneres Automobil für diesen niedrigen Preis.
 Probefahrt und Drucksachen kostenlos.
HANOMAG
 General-Vertretung: Auto-Haus Klumpp, Balersbronn SA. 2233

Saalbau z. „Löwen“ Nagold
 Sonntag, den 3. Juli von 3—12 Uhr
TANZ-Unterhaltung
 verstärkt mit Klavier Kapelle Hohnlofer.

Fahre
 am Montag zum Markt nach Nagold
 Abfahrt 6 1/2 Uhr, sowie am Donnerstag zur Farrenversteigerung nach Böblingen
 Abfahrt 5 Uhr
 Hare, Stimmersfeld

Sägmehl
 geben 3 St. zu ermäßigtem Preis ab
Gebrüder Theurer
 Altensteig

Autobusfahrten!
 Dienstag, den 5. Juli und Freitag, den 8. Juli
Fahrt nach Stuttgart
 Fahrpreis RM. 4.50.
 Abfahrt 7.05 Uhr. Anmeldungen Gasthof Grüner Baum Telefon 20
Omnibusverkehr
 Gebr. Klumpp, Balersbronn SA. 2233.
Evangelischer Gottesdienst
 6. Sonntag n. Dr., 3. Juli
 Vormittagsgottesdienst um 10 Uhr mit Predigt über Apostelgesch. 8 B. 26—39: Was Freude macht. Lied 277.
 Nachher Kindergottesdienst.
 Vormittags 8 Uhr Christenlehre mit den Töchtern.
 Abends 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.
 Am Mittwoch abend um 8 1/2 Uhr Bibelstunde im Luther-saal.
Methodistengemeinde.
 Sonntag, 3. Juli vorm. 9 1/2 Uhr Predigt
 Vormittags 10 1/2 Uhr Sonntagsschule.
 Abends 8 Uhr Predigt.
 Mittwoch, den 6. Juli 1932 abends 8 1/2 Uhr Bibel- und Gebetsversammlung.
Katholischer Gottesdienst
 Sonntag 8 1/2 Uhr.
 Predigt und hl. Messe.

Bei uns vorrätig:
 „Stuttgarter Neues Tagblatt“
 „Völkischer Beobachter“
 „N.S.-Kurier“
 „Der Stahlhelm“
 „Berliner Illustrierte Zeitung“
 „Münchener Illustrierte Zeitung“
 „Frankfurter Illustrierte Zeitung“
 „Kölnische Illustrierte Zeitung“
 „Hamburger Illustrierte Zeitung“
 „Leipziger Illustrierte Zeitung“
 „Deutsche Illustrierte Zeitung“
 „Illustrierter Beobachter“
 „Westermanns Monatshefte“
 „Belhagen und Klaffings Monatshefte“
 „Weltstimmen“
 „Der Lärmer“
 „Kosmos“
 „Die Koralle“
 „Technik für Alle“
 „Die Woche“
 „Daheim“
 „Die Elegante Welt“
 „Neue Hauswirtschaft“
 „Motor und Sport“
 „Der Sportbericht“
 „Grüne Post“
 „Denken und raten“
 „Brennerei“
 „Luftige Blätter“
 „Uhu“
 „Das Magazin“
 „Scherls Magazin“
 „Wahre Geschichten“
 „Wahre Romane“
 „Junk-Illustrierte“
 „Süddeutsche Radiozeitung“
 „Die Sendung“
 „Deutsche Radio-Illustrierte“

Buchhandlung Lauf
 Altensteig und Nagold
 Altensteig.
 Einen Posten getragene, gut erhaltene
Herren-Kleider
 für größere Figur, hat im Auftrag billig zu verkaufen
Karl Kübler, Herrenkleidergeschäft.

Ist Ihr Mostfaß leer?
 dann stellen Sie aus Ulmer Mostkonserven Marke „Schwabentrunk“ einen Daustunk her, der nach Urteil von Fachleuten wie Apfelmost schmeckt und nur 9 Pf. das Liter kostet. Seit 25 Jahren bewährt! Garantie: Geld zurück! Portion zu 100 Liter RM. 8.80. Wo nicht erhältlich, wende man sich an Mostkonservenfabrik Ulm a. D., Käfergasse 1. Zu haben in Altensteig: Käferrei Roh untere Stadt; Egenhausen: Käferrei Walz; Stimmersfeld: Käferrei Dauter.

